

II-4010 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode



REPUBLIK ÖSTERREICH
DER BUNDESMINISTER FÜR
ÖFFENTLICHE WIRTSCHAFT UND VERKEHR
DIPL.-ING. DR. RUDOLF STREICHER

Pr.Zl. 5931/17-4/91

A-1030 Wien, Radetzkystraße 2
Tel. (0222) 711 62-9100
Teletex (232) 3221155
Telex 61 3221155
Telefax (0222) 713 78 76
DVR: 009 02 04

ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage der Abg.
Dr. Feuerstein und Kollegen vom 3.10.1991,
Zl. 1667/J-NR/91 betreffend "vorzeitige
Alterspensionierungen aufgrund von Be-
triebsvereinbarungen bei den ÖIAG"

1673 IAB
1991 -12- 03
zu 1667 II

Gemäß Art. 52 Abs. 1 B-VG sind der Nationalrat und der Bundesrat befugt, die Geschäftsführung der Bundesregierung zu überprüfen, deren Mitglieder über alle Gegenstände der Vollziehung zu befragen und alle einschlägigen Auskünfte zu verlangen. Es war daher zu prüfen, ob sich die gestellten Fragen überhaupt auf "Gegenstände der Vollziehung" im Sinne des B-VG beziehen.

Dazu präzisiert auch § 90 des Geschäftsordnungsgesetzes, daß sich das Interpellationsrecht insbesondere auf Regierungsakte "sowie Angelegenheiten der behördlichen Verwaltung oder der Verwaltung des Bundes als Träger von Privatrechten" bezieht.

Die von Ihnen gestellte Anfrage behandelt Angelegenheiten, die nicht Gegenstand der Vollziehung im Sinne des Art. 52 Abs. 1 B-VG sind.

Ich habe dennoch Ihre Anfrage an die Österreichische Industrieholding AG weitergeleitet, die eine Sachverhaltsdarstellung abgegeben hat, die ich Ihnen in der Folge zur Kenntnis bringe:

Betriebsvereinbarungen für frühzeitige Alterspensionierungen bei Konzerngesellschaften sind eine ausschließlich unternehmensinterne Angelegenheit und werden zwischen Unternehmensleitungen und Betriebskörperschaften gemäß den gesetzlichen Rah-

- 2 -

menbestimmungen vereinbart. Diese Vereinbarungen müssen innerhalb des gesetzlichen Rahmens den betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten angepaßt werden. Dies geschieht im ÖIAG-Konzern.

Ihre Frage

"Sind Sie in Ihrer Funktion als Eigentümervertreter bereit, auf den ÖIAG-Vorstand dahingehend einzuwirken, daß bestehende Betriebsvereinbarungen für frühzeitige Alterspensionierungen bei ÖIAG-Mitgliedsbetrieben aufgelöst werden ?"

darf ich wie folgt beantworten:

Die Verantwortung für die Geschäftspolitik von Betrieben des ÖIAG-Konzerns sowie die Beachtung der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen obliegt ausschließlich den zuständigen Unternehmensorganen. Dem Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr als Vertreter der Eigentümerin ÖIAG als Konzernholding ist dabei keine Einflußmöglichkeit gegeben. Einwirkungen des Eigentümervertreters in der vorliegenden Frage würden im übrigen am Kapitalmarkt, auf welchem im Rahmen der geplanten Privatisierung des Konzerns besonders Rücksicht zu nehmen ist, auf kein Verständnis stoßen.

Wien, am 2. Dezember 1991

Der Bundesminister

